

# «Es ist eine Umverteilung nach oben»

Der Basler Wirtschaftsprofessor Kurt Schmidheiny rät dem Kanton Schwyz von der Einführung der Flatrate ab: Von der Einheitssteuer würden Spitzenverdiener auf Kosten des Mittelstands profitieren.

Michael Soukup

Die Einheitssteuer ist ein lang gehegter Traum vieler Bürgerlicher: ein einziger tiefer Einkommenssteuersatz und dafür Schluss mit den unzähligen Abzügen. 2007 schlug der damalige Zürcher FDP-Kantonsrat und heutige Nationalrat Hans-Peter Portmann das Projekt «Easy Swiss Tax» vor. Zwar handelte es sich beim freisinnigen Vorschlag mit zwei bis drei Steuertarifen nur ansatzweise um eine Flatrate-Tax, trotzdem stiess das ambitionierte Vorhaben auf wenig Gegenliebe: 2012 scheiterte die von der FDP lancierte Zürcher Ständesinitiative im Nationalrat am Widerstand der CVP, der SP und der Grünen. Angesichts der geringen Erfolgsaussichten liess man die Idee einer Volksinitiative wieder fallen. Erst kürzlich sagte denn auch FDP-Präsident Philipp Müller der NZZ: «Wir werden bei der Flatrate-Tax sicher dranbleiben, nur gibt es leider in Bern schlicht keine Mehrheiten dafür.»

Doch nun könnte der Kanton Schwyz der freisinnigen Forderung neues Leben einhauchen. Der Schwyzer Finanzdirektor Kaspar Michel (FDP) hat Anfang November eine Flatrate-Tax mit einem kantonalen Steuersatz von 5,5 Prozent vorgestellt. Damit würde ab 2017 erstmals ein grösserer Kanton die Einheitssteuer einführen. Schwyz will so Mehreinnahmen von 170 Millionen Franken generieren, um den stark defizitären Finanzhaushalt als Folge der steigenden Beiträge an den nationalen Finanzausgleich (NFA) zu sanieren.

## Geringverdiener profitieren

Bisher gibt es nur in den Kleinkantonen Obwalden und Uri (beide je rund 36 000 Einwohner) eine Flatrate-Tax. Die Chancen, dass die Schwyzer Einheitssteuer kommt, stehen gut: Die rein bürgerliche Regierung favorisiert sie klar gegenüber einer allgemeinen Erhöhung der bisherigen Einkommenssteuer. Die Vernehmlassung läuft zwar bis am 20. Januar, und voraussichtlich im Mai könnte der Kantonsrat darüber befinden. Aber die FDP und die SVP haben bereits ihr Wohlwollen kundgetan, während die CVP Vorbehalte und die SP Ablehnung signalisierten. Allerdings stellen die SVP und die FDP eine deutliche Mehrheit im Kantonsrat.

Zudem befürwortet die Schwyzer Bevölkerung traditionsgemäss eine sparsame wie fiskalkonservative Politik. Selbst dann, wenn es auf Kosten der Steuergerechtigkeit geht: Zwar weisen Schwyz und Zug dank den schweizweit tiefsten Spitzensteuersätzen die höchsten prozentualen Dichten an Multimillionären auf. Im Unterschied zu Zug ist Schwyz aber kein Steuerparadies für Arme: Hier beginnt die Steuerpflicht bei einem jährlichen Einkommen von 4681 Franken weit unter dem Existenzminimum. «Schwyz betreibt damit eine gezielte Steuerpolitik, um seinen Kanton für Geringverdienende unattraktiv zu machen», sagt der Basler Wirtschaftsprofessor Kurt Schmidheiny, der zu Steuern forscht.

Ausgerechnet bei den Armen entfällt die als unsozial verschriene Einheitssteuer ihre soziale Wirkung: Die Schwyzer



Für die vielen Mittelständler in Gemeinden wie Brunnen würde die Flatrate mehr Steuern bedeuten. Foto: A. Laule (DPA Picture-Alliance)

zer Flatrate-Tax würde die rekordtiefe Steuereintrittsschwelle deutlich anheben. Im Ausserschwyzer Steuerparadies Wollerau wären demnach Einkommen von Alleinstehenden bis 17 500 Franken neu steuerbefreit. Dies ist ein altes linkes Anliegen, und die SP hat diesbezüglich bereits eine Initiative eingereicht. Hohe Abzüge können einen indirekt progressiven Steuertarif schaffen und gelten als Königsweg, um die Einheitssteuer politisch mehrheitsfähig zu machen. So beispielsweise im Kanton Uri, wo die SP zwar grundsätzlich dagegen war. «Dank dem Geld aus dem NFA und relativ grosszügigen Sozialabzügen konnte in Uri die Flatrate-Tax einermassen sozialverträglich eingeführt werden», sagt der Urner SP-Kantonsrat Toni Moser heute.

Dennoch besteht zwischen den beiden Innerschwyzer Kantonen ein gewaltiger Unterschied, nämlich bei der Einkommensverteilung. Sie lässt sich mit dem Gini-Koeffizienten beziffern, einer Zahl zwischen 0 und 1: je höher der Wert, desto stärker die Ungleichheit. Uri weist mit 0,4 den tiefsten Wert aller Kantone auf, Schwyz mit 0,6 den höchsten. Gesamtschweizerisch beträgt der Gini-Koeffizient 0,49. Dazu Toni Moser: «In Uri gibt es wenig Spitzenverdiener, sodass 2009 bei der Einführung der Flatrate-Tax auch die unteren und mittleren Einkommen etwas von den Steuerensenungen profitiert haben.» Zum Vergleich: In Uri gab es bloss 90 Personen mit einem Einkommen von über 200 000 Franken, in Schwyz sind es 5 Prozent der Steuerpflichtigen.

Die Auswirkungen machen Markus Ming, grünliberaler Kantonsrat und Revisor bei der kantonalen Steuerverwal-

tung, Sorgen: «Meiner Meinung nach wären die Folgen für viele Normalverdiener im Kanton Schwyz katastrophal.» Mit der Flatrate-Tax wolle der Regierungsrat die normalverdienende Schwyzer Bevölkerung in die finanzielle Pflicht nehmen, um die Kostenfolgen einer aggressiven Steuerattraktivität zu finanzieren, von der nur eine Minderheit profitiert habe. «Doch ausgerechnet jene mit Einkommen von über 300 000 Franken werden bei dem vorgeschlagenen Steuersystem erneut verschont», so Ming. Wie ein Rechnungsbeispiel der Schwyzer Regierung zeigt, würde die Steuerrechnung eines Alleinstehenden in Einsiedeln mit einem Bruttoeinkommen von 100 000 Franken fast gleich stark ansteigen wie bei jemandem mit 500 000: 2024 respektive 2456 Franken.

## «Keine gute Idee für Schwyz»

Darauf angesprochen, erklärt der Schwyzer Finanzdirektor Kaspar Michel, dass man das Steuersystem in seiner Gesamtheit anschauen müsse: «Deshalb wird beispielsweise die Vermögenssteuer für Wohlhabende ab einem steuerbaren Vermögen von 500 000 Franken erhöht.» Konsultiert man jedoch die Rechnungsbeispiele der Regierung für die Gemeinde Einsiedeln, so müsste ein Reinvermögen von 1 Million Franken künftig mit bloss 2085 statt heute 2226 Franken versteuert werden.

Professor Kurt Schmidheiny hat die Schwyzer Steuerpläne angeschaut und kommt zum Schluss: «Eine Flatrate-Tax führt selbst bei hohen Sozialabzügen zwangsläufig zu einer stärkeren Belastung der Mittelschicht.» Faktisch sei die Einheitssteuer eine Umverteilung von

der Mitte nach oben. «Eine Flatrate scheint mir für den Kanton Schwyz keine gute Idee», so Schmidheiny.

Das sieht Michel freilich anders: Man müsse das Gesamtpaket beurteilen. «Dabei zeigt sich, dass der Kanton Schwyz über alle Einkommens- und Vermögenskategorien hinweg interkantonal und international steuerlich attraktiv bleibt.» Das sei sehr wichtig, denn sonst würden alle noch mehr Steuern zahlen - auch der Mittelstand und die tiefen Einkommen, so der Schwyzer Regierungsrat.

## Auswirkungen der Flatrate-Tax

Steuerbetrag auf Bruttoeinkommen am Beispiel von Einsiedeln, in Fr.

	2015 heutiges System	Varianten 2017 Flatrate	Erhöhung progressive Steuer
<b>30 000 Fr.</b>			
Alleinstehend	1430	<b>1492</b>	1629
Ehepaar ohne Kinder	654	<b>0</b>	745
Ehepaar, 2 Kinder	0	<b>0</b>	0
<b>100 000 Fr.</b>			
Alleinstehend	10026	<b>12050</b>	11421
Ehepaar ohne Kinder	7376	<b>9157</b>	8402
Ehepaar, 2 Kinder	4698	<b>5564</b>	5352
<b>500 000 Fr.</b>			
Alleinstehend	75592	<b>78048</b>	88383
Ehepaar ohne Kinder	66000	<b>75027</b>	75184
Ehepaar, 2 Kinder	62891	<b>71563</b>	71642

TA-Grafik mruue / Quelle: Kanton Schwyz, Einsiedler Anzeiger

 **Interview Finanzdirektor Michel**  
verteidigt die Einheitssteuer  
flatrate.tagesanzeiger.ch

## Neue Abstimmung zum Sprachenstreit

Die Volksinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» soll in Luzern zur Abstimmung kommen. Die Bildungskommission des Kantonsrats beantragt ihrem Parlament einstimmig, das Volksbegehren für gültig zu erklären. Ein Entscheid dürfte im Dezember fallen. Die Luzerner Regierung wollte verhindern, dass das Stimmvolk über die heikle Fremdsprachenfrage entscheidet. Gestützt auf ein Rechtsgutachten, schlug sie dem Kantonsrat vor, die Initiative für ungültig zu erklären. Das Volksbegehren verstosse gegen übergeordnetes Recht und das Gebot der Einheit der Materie, argumentiert die Regierung. Zudem widerspreche die Initiative der Schulharmonisierung und schaffe für den Stimmbürger ein Dilemma, weil er nicht wisse, ob Englisch oder Französisch gestrichen werde.

Die Luzerner Initianten, zu denen auch der kantonale Lehrerverband gehört, reagierten mit einem Gegengutachten. Aus der Sicht der Bildungskommission sollen aber nicht Juristen, sondern soll das Stimmvolk das letzte Wort haben. Für sie gelte der Grundsatz «in dubio pro populo», teilte sie mit. In Graubünden und St. Gallen waren im letzten Jahr ähnliche Fremdspracheninitiativen für ungültig erklärt worden. (bua)

## Nachrichten

Terrorismus

### Zyprien schickt mutmassliche Jihadisten zurück nach Basel

Zyprien wird drei mutmassliche Jihadisten zurückschicken, die von Basel-Mülhausen auf die Insel gereist waren. Zuständig für die Sicherheit des trinationalen Flughafens Basel-Mülhausen ist die Präfektur Haut-Rhin in Colmar im französischen Elsass. Die drei Franzosen, zwei mit türkischen und einer mit algerischen Wurzeln, werden von Interpol per Haftbefehl gesucht. Auf dem Flughafen Larnaca war ihnen die Einreise verweigert worden, weil sie Verbindungen zu jihadistischen Organisationen haben sollen. Die Männer waren von drei weiteren türkischstämmigen Franzosen begleitet, die gemäss dem zypriischen Justizminister Ionas Nicolaou «gewisse Verbindungen» mit extremistischen Gruppen zu haben scheinen. Über den Verbleib der Begleiter liegen keine Angaben vor. (SDA)

Asylpolitik

### Zug vergibt erstmals den Bau einer Asylunterkunft öffentlich

Im Zentrum von Baar soll bis zum Herbst 2016 eine Asylunterkunft für rund 100 Asylsuchende gebaut werden. Nach einer öffentlichen Ausschreibung erteilte der Kanton Zug der Hotz Obermühle AG den Zuschlag. Sie besitzt ein geeignetes Grundstück in Baar und wird darauf einen entsprechenden Neubau realisieren. Sobald eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt, soll mit dem Bau von 17 Wohnungen in einem dreigeschossigen Gebäude begonnen werden. Es war das erste Mal, dass der Kanton Zug eine öffentliche Ausschreibung gemäss Submissionsrecht für eine Asylunterkunft publiziert hatte. Dass gleich zwei Offerten eingegangen sind, überraschte Manuela Weichelt-Picard, die Direktorin des Innern: «Wir waren nicht sicher, ob sich jemand melden würde.» (SDA)

# Bund soll jährlich 400 000 Lastwagen weniger durch die Alpen fahren lassen

Eine neue Studie befeuert den Streit um die Klimalast der Camions.

Stefan Häne

Verkehrsministerin Doris Leuthard reist mit ambitionierten Zielen im Gepäck zum bevorstehenden Klimagipfel in Paris. So will die CVP-Magistratin und mit ihr der Gesamtbundesrat den Ausstoss an Treibhausgasen zwischen 2020 und 2030 um 50 Prozent verringern. Inwiefern diese Absenkung gelingt, hängt - zumindest gemäss dem Umweltverein Alpen-Initiative - nicht zuletzt vom alpenquerenden Güterverkehr ab. Dessen Klimabilanz betrage derzeit rund 0,3 Millio-

nen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr, wovon mehr als 95 Prozent der Schwerverkehr auf der Strasse verursache, rechnen die Alpenschützer vor.

Gestern hat der Umweltverein eine neue Studie präsentiert, die er beim Städteplaner und Verkehrswirtschaftsexperten François Périllon in Auftrag gegeben hat. Das Resultat: Damit der Güterverkehr einen adäquaten Beitrag zum Klimaschutz leistet, muss die Zahl alpenquerender Lastwagen auf der Strasse markant sinken, von heute 1 Million auf unter 600 000 jährlich. Zur Einordnung: Das Verlagerungsziel muss bis 2018 erreicht sein, also zwei Jahre nach Inbetriebnahme des Gotthardbasistunnels. Ab dann dürfen maximal 650 000 Lastwagen pro Jahr die Alpen auf Schweizer

Gebiet durchqueren. Diese Vorgabe, fordert die Alpen-Initiative, müsse angesichts der Klimaziele der Schweiz noch restriktiver werden. Indes: In der Schweiz soll der Güterverkehr auf der Strasse gemäss offiziellen Prognosen trotz neuem Neat-Basistunnel am Gotthard weiter zunehmen.

## Bundesrat gibt Gegensteuer

Aus der Studie leiten die Alpenschützer eine Reihe von Forderungen ab. So etwa muss die Schweiz ihrer Ansicht nach zwingend am Fahrtenziel von 650 000 Lastwagen festhalten. Doch die Zeichen dafür stehen nicht eben gut. Bereits vor zwei Jahren hat der Bundesrat klargemacht, das Fahrtenziel sei nicht sakrosankt. Da die Technik stetig Fortschritte

mache, würden die Fahrzeuge abgasärmer, argumentiert der Bundesrat. Er will die Verlagerungspolitik deshalb «stärker umwelt- und klimapolitisch» einbetten. Letztes Jahr hiess er zudem ein Postulat aus FDP-Kreisen gut, das die quantitative Zielsetzung abschwächen will.

Aufschlussreich ist schliesslich eine Antwort, die der Bundesrat letzte Woche auf einen Vorstoss von Nationalrat Jürg Grossen (GLP) gegeben hat: Die Landesregierung strebt keine engere Anbindung der Verlagerungspolitik mit der Klimapolitik an. Dies, weil der Anteil des alpenquerenden Güterverkehrs an den gesamten Treibhausgasemissionen vergleichsweise klein sei. Werde das Verlagerungsziel erreicht, so lassen sich laut Bundesrat die CO<sub>2</sub>-Emissionen um

0,4 Millionen Tonnen pro Jahr reduzieren, davon knapp 0,2 in der Schweiz. Letzteres entspräche, bezogen auf die gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen der Schweiz von 43,3 Millionen Tonnen, jedoch bloss einer Verringerung um 0,4 Prozent, rechnet der Bundesrat vor - und erntet dafür Kritik. Regula Rytz, Co-Präsidentin der Grünen, sagt, die Landesregierung verliere ihre klimapolitische Glaubwürdigkeit, «wenn sie bei den konkreten Massnahmen auf die Bremse steht».

Hoffen dürfen die Alpenschützer, was eine andere ihrer Forderungen betrifft: die Einführung von CO<sub>2</sub>-Vorschriften für Lastwagen. Der Bundesrat stellt in seiner Antwort auf Grossens Vorstoss in Aussicht, diese Option bei der nächsten Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes zu prüfen.